

Berlin, Dezember 2002

An die

Teilnehmer der Planungsklausur

Bezug: Thesenpapier für die Planungsklausur am 5. Dezember 2002

hier: Fortschreibung für die Januarklausur

**Auf dem Weg zu mehr Wachstum,  
Beschäftigung und Gerechtigkeit**

**I. Die Ausgangslage**

Erstens: Wir befinden uns in einer Zeit **tiefer weltweiter ökonomischer Verunsicherung**. Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg, der Absturz der Aktienkurse und die Gefahr einer anhaltenden Wachstumsschwäche mit hoher Arbeitslosigkeit drücken auf die Stimmung und die Erwartungen. Wir befinden uns in einer **Vertrauens- und Wachstumskrise**. Die vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Bürgern und Unternehmern **wieder Vertrauen in die Zukunft unseres Landes zu geben** und die Weichen in Richtung Wachstum und Beschäftigung zu stellen.

Zweitens: Unser Problem ist nicht die **internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes**. Die **ist exzellent**, wie immer neue Rekorde beim Export oder bei den Direktinvestitionen zeigen. Regelmäßig ist der Export Wachstumsmotor für die deutsche Wirtschaft und trägt wesentliche Teile zum BIP-Wachstum bei (Deutschlands Position als **Exportvizeweltmeister** ist ungefährdet). **Unser Problem sind Binnennachfrage und Investitionen**, die sich in der Vergangenheit häufig schlechter entwickelten als zunächst erwartet. Das heißt aber auch, dass **wir es selbst in der Hand haben**, unseren Wohlstand zu sichern. Auch angesichts der Globalisierung sind wir nicht ohnmächtig.

Drittens: Die an sich **hervorragenden Systeme der sozialen Sicherung** in Deutschland **müssen grundlegend reformiert werden**. Erstens lastet auf den Systemen, dass die Wiedervereinigung neben Verschuldung in erster Linie über die Belastung des Faktors Arbeit finanziert wurde. Zweitens müssen unsere Systeme zukunftsfest für die von der Globalisierung ausgehenden Veränderungen gemacht werden. Drittens haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Verkrustungen und Vermachtungen gebildet, die zu hohen Effizienzverlusten führen. **Wir müssen immer mehr Ressourcen aufbringen, um unser Ziel der sozialen Sicherheit zu erreichen.**

## II. Die Aufgabe: Vertrauen schaffen

Kurzfristig muss es der Bundesregierung gelingen, dass die Menschen das **Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik zurück gewinnen**. Es muss unmissverständlich klar werden, dass es auch im Falle weiterer externer Schocks nicht zu Steuer- oder Abgabemehrbelastungen kommen wird. Darüber hinaus wird sich die Stimmung im Land wieder bessern, wenn die Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Bundesregierung gewillt ist, die Effizienz der sozialen Sicherungssysteme durch **umfassende Reformen** deutlich zu steigern. Es ist offensichtlich, dass die Menschen die Bundesregierung hierbei unterstützen wollen. Sie spüren, dass sich das Zeitfenster zunehmend schließt. Ohne grundlegende Reformen drohen Leistungskürzungen und/oder weitere Beitragsanhebungen.

Dabei lautet die **gewaltige Herausforderung, gleichzeitig Abgaben- und Steuersenkungen mit Haushaltskonsolidierung und mehr Investitionen in die Zukunftsbereiche – Bildung, Forschung, Familien und Infrastruktur - zu verbinden**. Dies ist die richtige Strategie, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung anzukurbeln und Deutschland als Teil Europas bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (Lissabon-Strategie).

Die Bundesregierung ist zu grundlegenden Reformen bereit, und sie ist bereit, sich dabei zum Wohle der Gesellschaft auch mit einzelnen Interessengruppen auseinander zusetzen. **Was vor wenigen Monaten noch als Tabu galt, wird heute umgesetzt**: Zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Neuregelung der Zumutbarkeit für Arbeitslose, die Liberalisierung des Ladenschlusses, die Reform der Handwerksordnung oder die völlige Neuordnung der Zinsbesteuerung.

Eine Entfesselung der Wachstumskräfte ist die beste **wachstumsstärkende Politik** für die Post-Bubble Economy. Als offene und außenhandelsabhängige Volkswirtschaft wird die deutsche Wirtschaft immer wieder von externen Schocks

betroffen sein. Deshalb müssen unsere Systeme so robust gestaltet werden, dass die Volkswirtschaft mit diesen Schocks fertig wird. Deswegen **brauchen wir einen klaren Kurs in der makroökonomischen Politik: Nachhaltig finanzierte Investitionen ergänzt um umfassende Struktur- und damit Kostenentlastungsreformen**.

Durch Investitionen vor allem in Infrastruktur für Familien und in Bildung löst die Bundesregierung ihren **Gestaltungsanspruch** für ein kinderfreundliches, chancenreiches und weltoffenes Deutschland ein. Gestaltung der Zukunft heißt gleichzeitig auch Effizienzreformen in den sozialen Sicherungssystemen und Bürokratieabbau. Denn nur so können unsere Systeme erhalten, die Belastung von Bürgern und Unternehmen mit Sozialabgaben verringert und eine neue Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft entfesselt werden (siehe hierzu weiter III.).

In diesem Zusammenhang sind auch die jüngsten Überlegungen innerhalb der Europäischen Zentralbank zum Inflationsziel der Bank zu begrüßen. Die gründliche Überprüfung der geldpolitischen Strategie beinhaltet nach Aussagen des EZB-Vizepräsidenten Lucas Papademos auch die Definition der Preisstabilität, die bisher bei einer europaweiten Preissteigerung von weniger als 2 % angenommen wurde. Dies ist eine gute Nachricht, denn eine **zu restriktive**, auf das Inflationsziel Null gerichtete **Geldpolitik verursacht** vor allem im naturgemäß langsamer wachsenden Kerngebiet der Währungsunion **Arbeitslosigkeit**. Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen: Geht die Inflationsrate von 2 % auf 0 % zurück, steigt die Rate der Arbeitslosigkeit um rund 2 %-Punkte (stabile Phillips-Kurve). Richtig ist eine Geldpolitik, die eine moderate Inflation mit dem Ziel rund 2 % zulässt und nicht strikt versucht, die Preissteigerungen unter 2 % zu drücken.

Eine Lösung der wirtschaftspolitischen Herausforderungen griffe zu kurz, ginge sie an den gesellschaftspolitischen vorbei. Die Akzeptanz einer erfolgreichen Reformpolitik wird maßgeblich auch davon abhängen, ob die Menschen die Politik der Bundesregierung als **gerecht** bewerten. Dann werden sie auch eine Politik des notwendigen Sparens unterstützen. Als **offensichtlich ungerecht** empfinden es

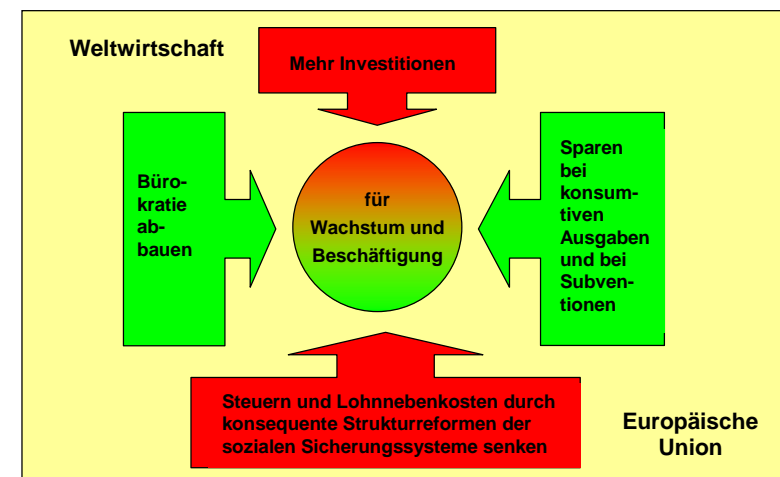
die Menschen, wenn der arbeitenden Bevölkerung die Steuern und Sozialbeiträge angehoben werden, von ihnen aber gleichzeitig gefordert wird, stärker für die Altersvorsorge selbst zu sparen, Kinder aufzuziehen und nach wie vor die Einheit zu finanzieren. Die Menschen erwarten vom Staat, dass er die sozialen Sicherungssysteme durch umfassende Reformen erhält und ihnen den finanziellen Spielraum lässt, den er von ihnen für die o.g. Aufgaben einfordert. Gerechtigkeit, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine moderne Rolle des effizienten Staates hängen eng miteinander zusammen.

### III. Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Bürger und Unternehmer brauchen heute dringender denn je **wirtschafts-politische Orientierung**. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung das hierzu notwendige Strategiebündel umrissen. Im Mittelpunkt stehen Zukunfts-investitionen statt Zinszahlungen, mehr finanzielle Freiheit für Selbstvorsorge, Kinder, Investition und Konsum sowie mehr Freiheit für beschäftigungsschaffende unternehmerische Tätigkeiten. Folgende Maßnahmen werden angestrebt:

1. Mehr Investitionen,
2. Sparen bei konsumtiven Staatsausgaben und Subventionen,
3. Steuersenkungen und Senkung der Lohnnebenkosten infolge konsequenter Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme (große Arbeitsmarkt-reform durch Umsetzung des Hartz-Konzepts, Gesundheitsreform, Rente) sowie
4. Bürokratieabbau für mehr unternehmerische Dynamik.

Diese nationalen Anstrengungen sind in das weltwirtschaftliche und vor allem europäische Wirtschaftsgeflecht einzubetten. Die Bundesregierung setzt sich nachhaltig für wachstums- und beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen auf der EU-Ebene ein.



### Zu 1.: Mehr (Zukunfts-)Investitionen statt Zinszahlungen:

(zum Vergleich: Im letzten Jahr hat der Bund – ohne die Leistungen aus dem Investitionsförderungsgesetz - 23,9 Mrd. € für Investitionen ausgegeben, musste aber rund 37,5 Mrd. € Zinsen für die Schulden der Vergangenheit zahlen)

Investitionen vor allem in Bildung, Forschung und Familieninfrastruktur sind unser strategisches Mittel, um Deutschland in Richtung eines kinderfreundlichen, chancenreichen und weltoffenen Landes hin umzugestalten. Es ist sowohl **makroökonomisch richtig, jetzt nicht die Investitionen zu kürzen**, als auch mittelfristig notwendig, um Deutschland zu modernisieren:

- Kurzfristig sind nachhaltig finanzierte Investitionen neben grundlegenden Strukturreformen das wichtigste Mittel gegen rezessive Tendenzen, die im schlimmsten Fall in einer Deflation enden könnten.
- Mittel- bis langfristig stellen mehr Investitionen in die Zukunftsbereiche eine der Kernstrategien der Bundesregierung dar, um Deutschland als Teil Europas bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (Lissabon-Strategie).

Die **Herausforderung** besteht darin, **mehr zu investieren, ohne die Konsolidierung der Haushalte zu gefährden**. Dies gilt nicht nur für den Bund, sondern vor allem auch für Länder und Gemeinden.

Die Bundesregierung erhöht in der gegenwärtig schwierigen Lage die Investitionen deutlich und setzt die richtigen Prioritäten:

- **Mehr Investitionen in Bildung und für Familien:** z.B. mit dem Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (Ganztagsschulen) in Höhe von 4 Mrd. € in den nächsten 4 Jahren oder der Unterstützung der Kommunen zur Bereitstellung von Kindergarten- und Hortplätze (ab 2004 1,5 Mrd. € p.a.). Seit 1998 über 24 % mehr Investitionen in Forschung und Bildung!
- **Steigerung der Investitionen im Bundeshaushalt:** Mit 26,8 Mrd. € investiert die Bundesregierung im nächsten Jahr deutlich mehr als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.
- Mehr Investitionen in die **Verkehrsinfrastruktur** mit dem 90 Mrd. €-„Zukunftsprogramm Mobilität“.

Es muss weiter darüber nachgedacht werden, wie der Staat mehr in die Zukunft investieren kann, vor allem mehr in Bildung und Familieninfrastruktur. Die **Herausforderung** besteht darin, die **Investitionen nachhaltig zu finanzieren**. Nachhaltigkeit schließt die Finanzierung über mehr Verschuldung, die den Handlungsspielraum des Staates immer weiter einengt (Zinsen und Tilgung) oder höhere Steuern (Belastung des Konsums und der Investitionen und dadurch der Wachstums- und Beschäftigungsdynamik) aus. Nachhaltig ist die Finanzierung über mehr Wirtschaftswachstum und über Sparen bei den konsumtiven Ausgaben (auch hieraus ergibt sich die Notwendigkeit struktureller Reformen) und den Subventionen (siehe III. 2.). **Nicht nachhaltig finanzierte Investitionen büßen einen Großteil ihrer makroökonomisch positiven Wirkung ein**, da die Menschen zu deren Finanzierung mit höheren Steuern in der Zukunft rechnen. Dementsprechend halten sie sich mit Investitionen und Konsum zurück.

Günstige Rahmenbedingungen für mehr Investitionen bedeuten darüber hinaus, dass die **Finanz- und Investitionskraft der Kommunen weiter gestärkt werden muss**. Dies ist eine der zentralen Aufgaben für die bereits eingesetzte Kommissionen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung und zur Gemeindefinanzreform. **Föderale Interessenwahrnehmung darf nicht dazu führen, dass notwendige Zukunftsinvestitionen unterbleiben**. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass Kommunen und Länder die hoheitlichen Zuständigkeiten über die wichtigen Zukunftsbereiche Familieninfrastruktur und Bildung besitzen.

Schließlich müssen wir eine **Diskussion über eine sinnvolle Erweiterung des politischen** – nicht des haushaltsrechtlichen - **Begriffs Investition führen**. Nach dem Verständnis der Bundesregierung – übrigens auch von solchen Wirtschaftswissenschaftlern wie den Nobelpreisträgern Amartya Sen oder Theodore Schultz - sind mehr Ausgaben für Lehrer, Professoren und Forscher Investitionen in die Zukunft. Nach gegenwärtigem Lehrbuchverständnis werden solche Ausgaben allerdings zu den konsumtiven Ausgaben gerechnet. Hier brauchen wir einen neuen politischen Konsens, damit solche Mehrausgaben in Bildung, Forschung und Familieninfrastruktur auch als Investitionen des Staates erkannt werden.

## Zu 2: Sparen bei konsumtiven Ausgaben und Subventionen:

**Haushaltskonsolidierung ist notwendig**, um mehr (Investitions-)Spielraum für eine konjunkturgerechte Finanzpolitik zu haben (automatische Stabilisatoren wirken lassen) und um nachfolgende Generationen nicht noch stärker mit Zins- und Tilgungslasten zu belasten.

Es ist wachstums- und beschäftigungspolitisch **richtig, den Haushalt über die Ausgabenseite zu konsolidieren**, und zwar bei den konsumtiven Ausgaben (s.u.) und den Subventionen, nicht bei den Investitionen. **Problematisch wäre eine Konsolidierung über die Einnahmeseite**, weil hierdurch Bürger und Unternehmer stärker belastet würden.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, den **Stabilitäts- und Wachstumspakt als makroökonomischen Stabilisator zu nutzen**. Deutschland steht zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Pakt weist ausreichend Flexibilität auf, um sowohl konsolidierungs- als auch wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen gerecht zu werden. In konjunkturell kritischen Situationen können die automatischen Stabilisatoren wirken (d.h. konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben hingenommen werden). Es gilt, den Pakt vernünftig anzuwenden und im Einzelfall die Ursachen für Zielverfehlungen genau zu prüfen.

### Sparen bei konsumtiven Ausgaben:

Im Jahr 2001 waren 215 Mrd. € des 243 Mrd. €-Bundeshaushalts **konsumtive Ausgaben**. Größte Blöcke waren (Quelle: Finanzbericht 2003):

- Rente: 69 Mrd. € (d.h. der Bund gibt fast jeden 3. Euro für die Rente aus!)
- Arbeitsmarkt: 15 Mrd. €  
(Ausgaben für soziale Sicherung 2001 insgesamt rund 101 Mrd. €)
- Zinsen: 37,6 Mrd. €
- Verteidigung: 28,3 Mrd. €
- Personal: 26,8 Mrd. €

Größter Ausgabenblock bildet die Rente. Sowohl unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten (hohe Sparquote, geringe Konsumquote) als auch unter Aspekten der Gerechtigkeit wird man der Diskussion über eine weitere Beteiligung auch der **Rentner** an der Rückführung der konsumtiven Ausgaben nicht ausweichen können. Es ist zu prüfen, wie durch eine von der Rürup-Kommission neu zu entwickelnde Rentenformel der Ausgabenblock Rente in den nächsten Jahren relativ verringert werden kann.

Letztendlich muss **bei allen großen Ausgabenblöcken (s.o.) das Tempo des Anstiegs deutlich gedrosselt werden** – bzw. in einzelnen Jahren auch mal zum Stillstand kommen -, damit der relative Anteil der Investitionen an den Ausgaben deutlich steigen kann. Denn es sind die Investitionsausgaben, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft voran bringen; die den Menschen mehr Chancen (Bildung) geben und sie ihr Leben stärker nach ihren Vorstellungen leben lassen (Familieninfrastruktur); die über Innovationen (Forschung, Technologietransfer) Arbeitsplätze schaffen, unseren Wohlstand sichern und damit letztendlich auch unsere sozialen Sicherungssysteme erhalten.

### Kürzungen von Subventionen:

Die Bundesregierung hat die **Subventionen des Bundes** – ohne Berücksichtigung der Ausnahmeregelungen bei der ökologischen Steuerreform – **seit 1999 um 16 % von 20 Mrd. € auf 16,8 Mrd. €** (Finanzhilfen: 8,2 Mrd. € und Steuervergünstigungen: 8,6 Mrd. €) **2002 gesenkt**.

### Die größten Subventionen werden in folgenden Bereichen gewährt (Stand 2002:

#### Quelle: 18. Subventionsbericht):

- Wohnungswesen (zwei Drittel davon Eigenheimzulage!): 6 Mrd. €
- Bergbau/Steinkohle: 3 Mrd. €
- Regionale Strukturmaßnahmen (vor allem Aufbau Ost!): 1,6 Mrd. €
- Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: 1,7 Mrd. €
- Verkehr: 1,2 Mrd. €
- Sparförderung: 0,7 Mrd. €

Ein weiterer **Abbau der meist strukturerhaltend wirkenden Subventionen ist wachstums- und beschäftigungspolitisch richtig und entlastet den Bundeshaushalt**. In der Gegenüberstellung zu den konsumtiven Ausgaben wird aber auch deutlich, dass es hier um vergleichsweise wesentlich geringere Summen geht und dass nicht alle Subventionen strukturerhaltend wirken (z.B. Ausgaben für den Aufbau Ost!).

Herausforderung/ Anspruch der Bundesregierung ist es, den notwendigen Abbau sozialverträglich zu gestalten.

...

### Zu 3.: Steuersenkungen und Reformen der sozialen Sicherungssysteme:

#### Steuersenkungen:

Der **Königsweg** für mehr Vertrauen und Beschäftigung **ist eine Absenkung der Steuer- und Abgabenbelastung**. Denn so behalten die Menschen mehr Netto von ihrem Bruttoeinkommen. Sie können **mehr konsumieren und mehr sparen**, d.h. für das Alter vorsorgen. **Lohnsteigerungen können moderater ausfallen, ohne dass dadurch der Konsum belastet würde**. Gleichzeitig verbilligt sich der Faktor Arbeit (Abgaben), für die Unternehmen wird es wieder interessanter, mehr Mitarbeiter einzustellen. Es entwickelt sich eine **dreifach positive Wirkung auf die Investitionen**: Unternehmer erwarten, dass die Menschen mehr konsumieren; niedrigere Steuern verbessern die Möglichkeit der Gewinnerzielung; niedrigere Abgaben verbilligen die mit einem Beschäftigungsaufbau verbundenen Investitionen. Dies ist vor allem für den beschäftigungsintensiven Mittelstand insbesondere im Dienstleistungssektor wichtig. Mehr Beschäftigung stärkt wiederum den Konsum und entlastet die sozialen Sicherungssysteme. Die positive Wirkung der ursprünglichen Steuer- und Abgabenbelastung erhält Nahrung aus sich selbst, der positive Kreislauf kann sich fortsetzen.

Mit der planmäßigen Verwirklichung der weiteren Stufen der **Steuerreform 2004 und 2005** sinken der Eingangs- und Spitzensatz bei der Einkommensteuer auf ihren jeweils historisch niedrigsten Stand. Mit den beiden Stufen werden Bürger und Unternehmen insgesamt **um über 25 Mrd. € entlastet**. Der Weg ist damit klar vorgezeichnet. Die Menschen werden die Entlastungen in ihren Wirtschaftsplänen antizipieren, wenn die Bundesregierung durch konsequente Reformarbeit signalisiert, dass die Steuerentlastungen nicht verschoben werden, selbst wenn es zu einem neuen exogenen Schock kommen sollte.

Sowohl unter Aspekten der Gerechtigkeit als auch der Beschäftigungsförderung ist die **Absenkung von Steuern und Abgaben bei Geringverdienern** eine weitere wichtige Aufgabe. Im großen Maßstab entsteht Beschäftigung seit Jahren nur noch im Dienstleistungssektor. Die dort gezahlten Gehälter liegen im Durchschnitt

...

unter denen in der Industrie. Umso wichtiger sind geringere Steuern und Abgaben auch im Niedriglohnbereich bei Monatseinkommen bis 800 €, damit die Nettoeinkommen und die Beschäftigung insgesamt steigen.

Dies gilt auch für den Übergang von der Arbeitslosigkeit in offiziell bezahlte Arbeit. Neben der Seite der Steuer- und Abgabenbelastung spielt die **Transferseite** eine wesentliche Rolle als finanzielles Hindernis für Arbeitslose auf ihrem Weg in die Wiederbeschäftigung.

Gegenwärtig ist der anrechnungsfreie Hinzuverdienst bei der **Sozialhilfe** auf 70 € begrenzt. Einkommen über 70 € bis rund 550 € wird zu 85 % auf die Sozialhilfe angerechnet, darüber hinaus liegt die Transferentzugsrate bei 100 %. Anrechnungsfreier Hinzuverdienst bei der **Arbeitslosenhilfe** bis zu 165 €. Darüber hinaus liegt die Transferentzugsrate bei 100 %. Zusammen mit der Belastung des Bruttoeinkommens durch Sozialabgaben und nach den Freibeträgen auch Steuern tritt irgendwann eine Situation ein, in der das Nettoeinkommen fällt, wenn das Bruttoeinkommen steigt. Dies wird nicht nur als ungerecht empfunden. Die Folge ist ein zunehmendes Ausweichen in die **Schwarzarbeit**.

**Es ist wirtschaftlich sinnvoll und unter Gerechtigkeitsaspekten unerlässlich, dass Arbeitslose für die Aufnahme einer Arbeit finanziell nicht bestraft werden.** Dies ist gegenwärtig noch zu häufig der Fall.

In den alten Ländern belief sich im Jahr 2001 das monatliche Haushaltsnettoeinkommen einer fünfköpfigen Familie mit einem Arbeitnehmer, der den typischen Niedriglohn von brutto 1.300 € (das entspricht knapp 9 € pro Stunde) verdiente, einschließlich Kindergeld und Wohngeld auf rund **1.750 €**. Dieselbe Familie besaß hingegen einen monatlichen Sozialhilfanspruch in Höhe von rund **1.850 €**. Erst mit einem monatlichen Arbeitseinkommen von mehr als 1.500 € (10 € pro Stunde) hätte die Familie ihr Gesamteinkommen über das Niveau der Sozialhilfeleistungen steigern können.

#### Reformen der sozialen Sicherungssysteme:

Die Bundesregierung will den **Wettlauf** zwischen der notwendigen Effizienzsteigerung der sozialen Sicherungssysteme durch Reformen und ansonsten drohenden Leistungskürzungen bzw. Beitragserhöhungen infolge von möglichen wirtschaftlichen Krisen für die Menschen in unserem Land **gewinnen**.

Die Folgen von Arbeitslosigkeit und zunehmender Alterung der Gesellschaften stellen die sozialen Sicherungssysteme überall auf der Welt vor große Probleme. Obwohl es häufig behauptet wird, gibt es dagegen keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Sozialpolitik. Länder wie Dänemark, die Niederlande oder Australien belegen dies. **Die Globalisierung führt nicht zwangsläufig zu einer Erosion der sozialen Sicherungssysteme**, sie verändert allerdings die Bedingungen für ihren Erfolg.

Bedeutender als internationaler Wettbewerb ist die **negative Wirkung der Abgabenlast** auf die private Beschäftigung vor allem in den Branchen, denen der Ausweg einer Kapitalintensivierung bei steigenden Lohnkosten verwehrt ist, also vor allem dem Handel, dem Hotel- und Gaststättengewerbe und anderen konsumbezogenen Dienstleistern.

Die Leistungs- und Finanzierungsstrukturen wirken sich in Deutschland doppelt negativ auf die Beschäftigung aus. Einerseits gibt es trotz höherer Steuereinnahmen so wenig öffentliche Beschäftigung wie in den angelsächsischen Ländern (die Zahl der Stellen für Bundesbedienstete liegt mit unter 300.000 mittlerweile sogar wieder auf dem Niveau von 1970!). Andererseits gibt es nicht mehr Arbeitsplätze bei den privaten Dienstleistungen als in den skandinavischen Sozialstaaten, obwohl dort die Abgabenlast insgesamt höher ist.

Vor allem die Sozialabgaben wirken deutlich negativ auf die Beschäftigung im Dienstleistungssektor, da sie nicht wie im niederländischen Modell nach der Systematik der Einkommensteuer (d.h. u.a. mit Freibetrag) erhoben werden.

**Faustformel: 1 Prozentpunkt mehr Sozialversicherungsbeiträge kostet im ersten Jahr rund 20.000 und im dritten Jahr schon rund 100.000 Arbeitsplätze.**

Wie schädlich steigende Lohnnebenkosten sind, zeigt die Entwicklung seit der Wiedervereinigung: 1990 betrug die Beitragssätze zur Sozialversicherung noch 35,5 %. Bis 1998 waren sie auf den historischen Höchstwert von 42 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Arbeitslosigkeit von 2,6 Mio. auf 4,28 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ging von 38,5 Mio. auf 37,2 Mio. in 1997 zurück.

Deswegen und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (immer weniger Junge müssen in Zukunft immer mehr Alte unterstützen) ist eine der Kernstrategien der Bundesregierung die auf eine Absenkung der Lohnnebenkosten abzielende **Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme**.

#### Arbeitsmarkt:

Die Bundesregierung hat gehandelt: Mit Steuerreform, Arbeitsmarktreformen, Rentenreform, Haushaltskonsolidierung und gezielten Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Bildung konnte der Reformstau in fast allen Bereichen aufgelöst und den **größten Beschäftigungsboom seit der Wiedervereinigung** eingeleitet werden. Am Arbeitsmarkt hat es eine massive Zunahme der Beschäftigung von 37,6 Mio. auf den historischen Höchstwert von 38,8 Mio. (+1,2 Mio.) 2001 gegeben. Diese positive Entwicklung stagniert seit Ende 2001. Die deutlich gesunkene Zahl der Arbeitslosen (von 4,8 Mio. Anfang 1998 auf 3,8 Mio. Ende 2000) nahm seit Anfang 2001 auf heute über 4 Millionen wieder zu.

Es gibt klare **Ursachen für die seit 2001 andauernde Wachstums- und Beschäftigungsschwäche:** Wir wurden in 2001 Jahr gleich von 4 Einbrüchen getroffen, die vor unseren Reformen ausgereicht hätten, Deutschland in eine tiefe Rezession zu stürzen: Ende 2000/Anfang 2001 ging der IT-Boom abrupt zu Ende, der Ölpreisschock führte 2001 zu Inflation und Kaufkraftverlust, Weltkonjunktur

und vor allem die US-Wirtschaft rutschten in eine Rezession und der terroristische Anschlag vom 11. September belastete Börsen und Weltkonjunktur zusätzlich.

Die tiefgreifenden Wirkungen der weltwirtschaftlichen Einflüsse und des 11. Septembers zeigen sich auch daran, dass die Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern seitdem annähernd im Gleichschritt gestiegen ist.

Die Bundesregierung sollte an den bis 2001 erfolgreichen Weg wieder anknüpfen und über die Entlastung der Einkommen Raum schaffen für niedrige Tarifabschlüsse als Königsweg hin zu mehr Konsum und Investition. Außerdem ist es notwendig, die **in der Arbeitsmarktpolitik eingesetzten Ressourcen effizienter einzusetzen**, um mit weniger Input mehr Leistung zu erzielen: Jährlich gibt die [BA-neu] rund **20 Mrd. € für aktive Arbeitsmarktpolitik** aus. Dazu kommen noch rund 5 Mrd. €, die Länder, Kommunen und der Europäische Sozialfonds für die Arbeitsförderung aufwenden. Diese Ausgaben stellen rund ein Drittel der Gesamtausgaben für die Arbeitsmarktpolitik dar. Hinzu kommen noch **rund 50 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und arbeitsmarktpolitisch motivierte Frühverrentungen**.

Die Bundesregierung wird mit der **Umsetzung des Hartz-Konzepts** diese Ressourcen von bis zu 75 Mrd. € jährlich effizienter nutzen und die Arbeitslosigkeit deutlich abbauen. Das Hartz-Konzept wird gegenwärtig nicht ausreichend gewürdigt. Es wird insbesondere übersehen, dass es weitgehende Regelungen enthält, die noch vor einem Jahr als Tabubruch galten, z.B.:

- **Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ab 2004**
- **Neue Regelungen bei der Zumutbarkeit:** Durch die Umkehr der Beweislast und die flexibleren Möglichkeiten der Leistungskürzung werden es Drückberger (d.h. diejenigen, die sich mit der Kombination von Transferleistungen und Schwarzarbeit ein höheres Nettoeinkommen verschaffen als durch reguläre Arbeit) in Zukunft deutlich schwerer haben, die Arbeitslosenversicherung auszunützen.
- **Liberalisierung der Leih- und Zeitarbeit**
- **Völlige Neuregelung des Niedriglohnssektors**



Darüber hinaus wird mit dem Hartz-Konzept nicht nur die Vermittlung effizienter und damit kostengünstiger gestaltet, sondern auch die Voraussetzungen für **mehr Beschäftigung** geschaffen: Dies gilt speziell für die vereinfachte Existenzgründung in Form der „Ich-AG“ und für die Förderung der Beschäftigung in Privathaushalten über die sogenannten „Mini-Jobs“. Darüber hinaus werden Unternehmen mit dem Programm „Kapital für Arbeit“ zur Einstellung von Arbeitslosen bewogen, indem sie ihre Kapitalbasis durch günstige Kredite verbreitern können.

Wichtige Ergänzung der Hartz-Maßnahmen sind die oben beschriebenen Maßnahmen zur Steuer- und Abgabensenkung für niedriger bezahlte Jobs. Damit wird das Nettoeinkommen der betroffenen Menschen doppelt positiv beeinflusst: Über die geringere Belastung und das Mehreinkommen durch mehr Jobs.

#### Gesundheitswesen:

Das **Kernproblem des Gesundheitswesens** liegt in **falsch gesetzten Anreizstrukturen**, die zu einer **Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen** führen. Diese Anreizstrukturen müssen korrigiert werden, ohne die solidarische Versorgung aufzugeben. In Zukunft sollte das „**Heilen**“ **wirtschaftlich belohnt** werden und nicht das Halten im System.

Dazu sollten **mehr Wettbewerbselemente** und **mehr Transparenz** eingeführt werden, z.B. durch:

- **Tarifoptionen mit Bonussystem:** z.B. Bonus für primäres Aufsuchen des Hausarztes und für Wahrnehmung präventiver Maßnahmen, Beitragsrückerstattung für kostenfreie Jahre, Wahltarife mit Eigenleistungen.
- **Es ist richtig, direkte Verträge** zwischen Ärzten/Krankenhäusern und Krankenversicherungen möglich zu machen (Veränderung Sicherstellungsauftrag).
- **Liberalisierung des Vertriebs und der Preisbildung für Arzneimittel.** **Positivliste** für Arzneimittel einführen.

- **Mehr Wettbewerb zwischen privaten Krankenkassen** durch Übertragung gebildeter Altersrückstellungen bei einem Versicherungswechsel. Dadurch würde ein wirksamer Wettbewerb um Bestandskunden einsetzen.

Eine umfassende **Gesundheitsreform** sollte **schnell ab 2003** mit dem Ziel umgesetzt werden, die **Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zu stabilisieren und wenn möglich, mittelfristig zu senken.**

#### Rente:

Vor dem Hintergrund des mit zunehmender Geschwindigkeit merkbaren demographischen Wandels in unserer Gesellschaft hat die Bundesregierung mit der Einführung der Säule Kapitaldeckung den historisch richtigen Weg eingeschlagen.

Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Angesichts eines Beitrags zur Rentenversicherung von 19,5 % (Höchststand war 20,3 % unter der Regierung Kohl) ist eine **mittelfristige Senkung des Beitragssatzes durch die weitere Stärkung der Säule Kapitaldeckung** notwendig.

#### Zu 4.: Bürokratieabbau:

Die Bundesregierung baut bürokratische Einstellungshemmnisse ab. Mit dem „Masterplan Bürokratieabbau“ gibt sie positive Signale für mehr Investition, Konsum und Beschäftigung, zum Beispiel durch:

- **Moderate Liberalisierung des Ladenschlusses** als positives Signal für den Konsum. Die Lockerung des Ladenschlussgesetzes eignet sich hervorragend als Symbol für durchsetzbare Reformen in Deutschland.
- **Liberalisierung des UWG (§§ 7 und 8):** Sonderverkäufe und Räumungsverkäufe liberalisieren.
- **Befreiung der Existenzgründer von Regelungen** (Small Business Act; One-Stop-Agencies für Existenzgründer)
- **Überprüfung der Regelungen im Arbeitsrecht**, wie z.B. die Streichung der Vermutungstatbestände bei der Scheinselbständigkeit.

Die Maßnahmen greifen mit den Reformen am Arbeitsmarkt ineinander und sind darauf gerichtet, **Konsum, Selbständigkeit und Unternehmertum in Deutschland zu stärken**. Gelingt dies, wird auch die Beschäftigung wieder zunehmen. Beispielsweise wird durch die Verlängerung der Ladenschlusszeiten und die gleichzeitigen Reformen am Arbeitsmarkt Nachfrage nach Verkäuferinnen und Verkäufern geschaffen, der durch die Entlastung des Faktors Arbeit auch ein geeignetes Angebot gegenüber stehen wird.

#### Zur Gestaltung des weltwirtschaftlichen und des europaweiten Rahmens:

##### Entwicklung an den Aktienmärkten:

Die deutschen Aktienkurse sind seit dem Ende des IT-Booms seit Anfang 2000 im Durchschnitt um rund 60 % zurückgegangen. Börsenexperten sehen als wesentliche Gründe für die Börsenschwächen, die vielen Anlagern viel Geld gekostet haben, die Bilanzskandale in den USA und die Verschlechterung der globalen Konjunkturperspektiven nicht zuletzt durch die anhaltende Kriegsangst. Der massive Rückgang der Aktienkurse hat das Vertrauen der Menschen in Wachstum und Wohlstandszunahme empfindlich getroffen.

Für die Bundesregierung ist es eine der wichtigsten Aufgaben, den Menschen das **Vertrauen** in geregelte und verlässliche Abläufe auf den Aktienmärkten wieder **zurück zu geben**. Dazu haben wir mit dem Vierten Finanzmarktförderungsgesetz den Anlegerschutz bereits in der letzten Legislaturperiode gestärkt. Dieser Weg soll weiter beschritten werden. Das BMJ plant u.a. eine sog. „**Bilanzpolizei**“, welche die Korrektheit von Abschlüssen überwachen soll. Künftig sollen **Manager persönlich** für falsche Adhoc-Mitteilungen und andere Kapitalmarkt-Informationen **haften**.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung in den internationalen Gremien daran mitarbeiten, die **Stabilität des internationalen Finanzsystems** (Aktien- und Währungsmärkte) weiterzuentwickeln. Notwendig sind bessere Beschränkungen des Missbrauchs von Geldmacht, **Maßnahmen gegen Geldwäsche** und gegen unkooperative Steueroasen, eine **Stärkung der Institutionen von Bretton Woods (IWF und Weltbank)** sowie die Schaffung und Stabilisierung regionaler Währungsräume wie z.B. der Europäischen Währungsunion.

##### Umweltgerechtes Wachstum – strategische Abhängigkeit vom Öl verringern:

Jeder neue **Ölpreisschock** gefährdet die Konjunktur- und Wachstumsentwicklung der Industrieländer. Jüngstes Beispiel ist der Ölpreisschock Anfang 2001, der die konjunkturstimulierenden Impulse der ersten Stufe der Steuerreform der Bundes-

regierung nahezu aufzehrte (glücklicher Weise wirkten die Steuerentlastungen zum genau richtigen Zeitpunkt, ansonsten hätte es auch zu einer Rezession kommen können). Zum Jahreswechsel 2003 lastet die **Kriegsgefahr im Irak** auf der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft. Die gestiegene internationale Unsicherheit wirkt sich über die Transmissionskanäle Öl- und Aktienmärkte negativ auf das weltwirtschaftliche Umfeld aus.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Politik der Nachhaltigkeit der Bundesregierung mittelfristig stabilisierend auf das Vertrauen in Konjunktur und Wachstum. Mit der **Ökosteuern** werden Handlungsmöglichkeiten für Innovationsträger geschaffen, die entlang ganzer Wertschöpfungsketten **umweltentlastende Innovationen** anstoßen und die Anfälligkeit Deutschlands von Ölpreisschocks kontinuierlich verringern.

Darüber hinaus macht die EU mit dem **Emissionshandel** ein **modernes Umweltmanagement** möglich. Die Mitgliedstaaten erhalten zukünftig die Möglichkeit, Emissionsrechte für die beiden Verpflichtungsperioden bis 2012 kostenlos zuteilen. Deutschland wird die Zuteilung der Emissionsrechte an Unternehmen im Inland auf der Basis der Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Wirtschaft zum Klimaschutz vornehmen. Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass einerseits die Klimaschutzziele sicher erreicht werden, andererseits die Emissionsrechte im Energiesektor so verteilt werden, dass der Standort Deutschland für eine effiziente Energieproduktion unter Einschluss von modernen Kohlekraftwerken gesichert und die Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien erhalten bleiben.

#### Europäische Wirtschaftspolitik:

Neben der Integration der Finanzmärkte, von Internet und e-commerce und der weiteren **Liberalisierung der Märkte für Energie und Post** hat die Industrie eine Schlüsselrolle der **Industrie** für den Erfolg des europäischen Modernisierungsprojekts. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, dass in Zukunft Auswirkungen

von Entscheidungen der Europäischen Union in allen Politikbereichen auf betroffene industrielle Sektoren überprüft werden (sog. „reality checks“). Sie ist diesem Ziel in der Zwischenzeit deutlich näher gekommen.

Europas Industrie steht für rund ein Viertel der Wertschöpfung im Binnenmarkt und gibt 45 Mio. Menschen Beschäftigung. Die Industrie ist ein unverzichtbarer Motor des Wachstums und der wirtschaftlichen Leistungskraft in Europa. Die Automobilindustrie in Deutschland beispielsweise beschäftigt nicht nur 750.000 Menschen, sie schaffte in den vergangenen fünf Jahren auch 93.000 qualifizierte Arbeitsplätze. Die Automobilindustrie strahlt auf Zulieferindustrien aus und setzt Wertschöpfungsketten bis weit in den Dienstleistungsbereich hinein in Gang. Insgesamt finden in Deutschland rund 5 Mio. Menschen einen Arbeitsplatz in der Produktion, der Nutzung und dem Vertrieb von Automobilen. Fast jeder siebte Job hierzulande hängt vom Automobil ab. Ähnliche Strukturen und Vernetzungen finden sich auch in anderen Industrien – wie beispielsweise in der Chemieindustrie.

Dies gilt auch mit Blick auf die **EU-Osterweiterung**. Jedes einzelne der zehn zukünftigen Mitgliedsländer der Europäischen Union hat dramatische Anpassungs- und Modernisierungsleistungen in Wirtschaft und Gesellschaft hinter sich. In einigen dieser Länder haben industrielle Kerne dem Wettbewerb standgehalten, denen wir auch im Binnenmarkt eine Überlebenschance geben wollen und müssen.

Politik für den Standort Europa muss deshalb die Belange der europäischen Industrie stärker berücksichtigen und sich von der allzu einseitigen Fokussierung auf die Dienstleistungsmärkte lösen. Sie würde sonst eine ihrer Trumpfkarten aus der Hand geben.

#### **IV. Fazit: Die Bundesregierung knüpft an ihre erfolgreiche Politik wieder an**

Die Bundesregierung wird mit ihrem makroökonomischen konsistenten Wirtschaftspolitik-Mix **die Wachstumskräfte in Deutschland wieder entfesseln**. Sie knüpft dabei an ihre erfolgreiche Politik der Zeit nach Lafontaine an, die durch die exogenen Schocks im Jahre 2001 und den harten Wahlkampf 2002 unterbrochen wurde.

Die Bundesregierung wird den Menschen das **Vertrauen in die Wirtschaftspolitik wieder zurück geben**. Dies wird mit einem klaren wirtschaftspolitischen Reformkurs gelingen.

**Unsere Ziele** sind mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit.

**Unser Gestaltungsanspruch lautet:** Wir wollen ein wachstums- und beschäftigungsstarkes, kinderfreundliches, chancenreiches und weltoffenes Deutschland.

**Unsere doppelte Herausforderung heißt:** Einerseits eine Reformrendite in Form von Abgaben- und Steuersenkungen zu realisieren und diese mit Haushaltskonsolidierung und mehr Investitionen in die Zukunftsbereiche – Bildung, Forschung, Familien und Infrastruktur – zu verbinden und andererseits das wirtschaftspolitisch Notwendige so durchzusetzen, dass seine Ergebnisse von der überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land auch als gerecht anerkannt werden.